

prognostizieren. Man hat nur anhand der Ausgaben errechnet, wie hoch die Einnahmen aus dem Posten der ‚Abgaben‘ sein müssten um auszugleichen. Was man unter den Abgaben verstand, erläuterte man nicht.

Franz Beck (VU) begrüßte den Finanzplan, wünschte aber die Unterlagen vor und nicht während der Sitzung zu erhalten. Er lobte die Arbeit und verwies auch auf die schweizerischen Finanzpläne, welche im Vergleich zum Fürstentum schwieriger zu koordinieren seien. Er kommentierte die Prioritätenordnung der Projekte und problematisierte die Entscheidungskriterien.

Peter Marxer übte ein weiteres mal starke Kritik. Es sei das dritte Budget mit einem Defizit und die Rechnungen hätten ebenso negativ abgeschlossen. Er schien sehr verärgert zu sein, die Unterlagen nicht ordnungsgemäss zehn Tage vorher bekommen zu haben. Er lehnte den Bericht für die Verwendung in der Sitzung ab: „Dieser Bericht, das ist mit einem Blick ersichtlich, kann nicht als Finanzplan und auch nicht als Prioritätenordnung angesehen werden.“⁴³² Seine weitere Rede ignorierte die Unterlagen der Regierung und stellte Forderungen nach einem korrekten Plan, welche nach Kriterien ausgearbeitet werde, welche er Punkt für Punkt aufzählte. Man schien nicht damit gerechnet zu haben einen Finanzplan zu bekommen. Er verneinte auch im Namen der Fraktion die Zustimmung zum Gesetz und ersuchte die Regierung ein Finanzhaushaltsgesetz zu erarbeiten.

Regierung und VU zeigten sich überrascht und verteidigten. Man betonte das Vorhandensein des Finanzplanes, räumte auch ein, dass solche Prognosen, speziell in Liechtenstein, schwierig seien, einige Posten schon im Budget oder einer Planung fixiert seien und man akzeptierte Methoden finden müsse. Marxer lehnte das Budget weiter ab, betonte aber es sei nicht wegen einzelner Posten, sondern dem Fehlen einer korrekten Finanzplanung.

Danach begann Herbert Kindle sein Votum. Er verteidigte zuerst die Finanzplanung der Regierung, um danach den Umgang und die Darstellung des Defizits zu thematisieren. Er verwies auf das Budget von 1969 unter der Regierung der FBP, wo es auch ein Defizit gab. Seine Recherchen hätten ergeben, dass der Begriff Defizit weder in den Protokollen noch in der Landespresse verwendet worden war. Danach fragte er nach den Massstäben und Kriterien für ein Defizit und zog die eidgenössische Praxis zu Hilfe. Es sei dort unklar, ob die ausserordentliche Rechnung zum Bruttodefizit gehöre, sagte er. Damit schob er die

⁴³² Ltp vom 18.12.72, S. 586.